

Claus-Peter Fabian

Schädigermehrheit und
Regreß im internationalen
Umwelthaftungsrecht

Unter besonderer Berücksichtigung
des anglo-amerikanischen Rechts



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

INHALTSVERZEICHNIS

LITERATURVERZEICHNIS	27
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	61
EINLEITUNG	65
A. EINFÜHRUNG	65
B. OFFENE FRAGEN	67
I. <i>Materielles Umwelthaftungsrecht</i>	68
1. Das deutsche Recht	68
2. Das Recht der amerikanischen Staaten	69
3. Das vereinheitlichte Umwelthaftungsrecht	70
II. <i>Kollisionsrecht</i>	70
1. Das Kollisionsrecht der Umwelthaftung in Deutschland	71
2. Das Kollisionsrecht der Umwelthaftung in den amerikanischen Staaten	72
3. Gedanken zu einer Haager Umwelthaftungsrechtskonvention	73
4. Fragen auf dem Weg zu einer Kollisionsregel de lege ferenda	73
III. <i>Internationale Zuständigkeit</i>	74
1. Die internationale Zuständigkeit im europäischen und deutschen Recht	74
2. Die internationale Zuständigkeit bei Umwelthaftungsklagen in den amerikanischen Staaten	75
3. Die internationale Zuständigkeit in umwelthaftungsrechtlichen Konventionen und Konventionsentwürfen	75
4. Fragen auf dem Weg zu einer Regelung der internationalen Zuständigkeit	76
IV. <i>Vorhersehbarkeit der Rechtsordnung und der Zuständigkeit am Erfolgsort</i>	76
1. Das deutsche Recht	76
2. Das Recht der amerikanischen Staaten	77

3. Die Folgen für eine eigenständige Kollisionsregel und für eine Regelung der internationalen Zuständigkeit	77
C. GANG DER ARBEIT	78
ERSTER TEIL: DIE RECHTLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN	81
ERSTES KAPITEL: DEUTSCHLAND	81
A. Das deutsche Sachrecht	81
I. Die Gesamtschuldnerhaftung als Grundlage eines einheitlichen Schadensverteilungssystems im Umwelthaftungsrecht	81
1. Gesamtschuldnerhaftung bei komplementärer und konkurrierender Kausalität	82
2. Gesamtschuldnerhaftung bei alternativer Kausalität	82
3. Umstrittene Gesamtschuldnerhaftung bei additiver und potenzierender Kausalität	83
4. Gesamtschuldnerhaftung nach der Rechtsprechung	85
5. Ausblick: Gesamtschuldnerhaftung in einem zukünftigen Umweltgesetzbuch	85
6. Zusammenfassung und wertender Blick in die Zukunft	86
II. Die Verknüpfung der Rechtsverhältnisse im umwelthaftungsrechtlichen Schadensverteilungssystem	87
1. Die Verknüpfung der Gesamtschuldaußenverhältnisse untereinander	87
2. Die Verknüpfung des Regreßinnenverhältnisses mit den Haftungsaußenverhältnissen	88
3. Die Verknüpfung aller Rechtsverhältnisse an Beispielen	89
3.1. Die Verknüpfung am Beispiel gesetzlicher und vertraglicher Haftungsprivilegierungen	89
3.2. Die Verknüpfung am Beispiel des Vergleichs	91
3.3. Die Verknüpfung am Beispiel der Höhe des Regreßanspruches	92
4. Zusammenfassung	92
III. Funktionen im gesamtschuldnerischen Schadenstragungs- und Haftungsverteilungssystem	93

1. Die Funktionen des Umwelthaftungsrechts	93
1.1. Die Ausgleichsfunktion	93
1.2. Die Präventionsfunktion	93
a) Grundlagen der Verhaltenssteuerung	94
b) Verhaltenssteuerung bei Schädigermehrheit und Gesamtschuld	95
aa) Die Verwirklichung der Präventionsfunktion im Innenverhältnis	95
bb) Proportionale Haftungsverteilung als Mittel optimaler Verhaltenssteuerung.....	98
c) Zwischenergebnis	99
1.3. Umweltwiederherstellung als Reflex der Ausgleichsfunktion	100
2. Merkmale und Funktionen der Gesamtschuld	101
2.1. Merkmale und Funktionen des Gesamtschuldaußen- verhältnisses	101
a) Verlagerung des Insolvenzrisikos und des Beweisrisikos für den Verursachungs- bzw. Verschuldensanteil auf den leistenden Gesamtschuldner	101
b) Gleichrangigkeit der Gesamtschuldner	102
2.2. Funktionen des Gesamtschuldinnenverhältnisses	102
a) Die Ausgleichsfunktion	102
b) Verlagerung des Insolvenzrisikos und des Beweisrisikos für den Verursachungs- und Verschuldensanteil auf die Gesamtheit der Schuldner	103
3. Ineinandergreifen der Funktionen von Umwelthaftungsrecht und gesamtschuldnerischer Haftung	103
3.1. Die Funktionen im Außenverhältnis	103
3.2. Die Funktionen im Innenverhältnis	104
a) Die gesamtschuldnerische Ausgleichsfunktion	104
b) Die Verwirklichung der haftungsrechtlichen Präventions- funktion	104
3.3. Rangfolge der Funktionen	104

IV. Gefahren für das Schadensverteilungssystem aus der Internationalität umwelthaftungsrechtlicher Fallgestaltungen	105
1. Folgen unterschiedlicher Rechtsordnungen in den Außen- verhältnissen	105
2. Gefahren unterschiedlicher Rechtsordnungen im Außen- und Innenverhältnis	106
3. Abschließende Betrachtung	107
B. Das deutsche Kollisionsrecht	109
I. Das anwendbare Recht im Haftungsaußenverhältnis	109
1. Die Rechtsprechung	110
2. Die herrschende Literatur	110
2.1. Funktionelle Begründung des Ubiquitäts- und Günstigkeits- prinzips	111
2.2. Begründung des Ubiquitäts- und Günstigkeitsprinzips durch den Opferschutz	112
2.3. Begründung des Ubiquitäts- und Günstigkeitsprinzips aus den Erwartungen des Geschädigten	113
2.4. Begründung des Ubiquitäts- und Günstigkeitsprinzips aus dem Vorteil alternativer gegenüber ausschließlicher Anknüpfung	114
3. Reformvorhaben	116
4. Kritik am Ubiquitätsprinzip - Anknüpfung ausschließlich an den Handlungs- oder Erfolgsort	117
4.1. Anknüpfung an den Handlungsort	118
4.2. Anknüpfung an den Erfolgsort	119
5. Zusammenfassung	121
II. Das anwendbare Recht im Innenverhältnis	122
1. Anwendbares Recht bei einheitlicher Anknüpfung der Gesamtschuldaußenverhältnisse	122
2. Anwendbares Recht bei rechtlich gespaltener Gesamtschuld	123
2.1. Das eingeschränkte Kausalstatut	123
a) Begründung	123

b) Kritik	125
2.2. Das eingeschränkte Forderungsstatut	126
a) Begründung	126
b) Kritik	127
2.3. Berücksichtigung des Kausalstatuts und des Forderungsstatuts durch Kumulation	128
a) Abgeschwächte Kumulation - Kumulation unter Vorrang des Kausalstatuts	128
b) Weitreichende Kumulation - Art. 144 IPRG der Schweiz	128
c) Kumulation unter Vorrang des Forderungsstatuts	129
2.4. Die korrigierende Anknüpfung	129
2.5. Kumulative Anknüpfung unter Beachtung der Schutzwürdig- keit des Regreßschuldners im Einzelfall	131
2.6. Selbständige Anknüpfung des Regresses im internationalen Unfallrecht	132
3. Zwischenergebnis	132
C. <i>Die internationale Zuständigkeit</i>	133
I. Die internationale Zuständigkeit im Gesamtschuldaußenverhältnis	133
1. Der vorherrschende Meinungsstand	133
1.1. Die internationale Zuständigkeit nach dem EuGVÜ	134
a) Der Anwendungsbereich des EuGVÜ	134
b) Gerichtsstände des EuGVÜ in umwelthaftungsrechtlichen Streitigkeiten	135
aa) Art. 16 Nr.1 a) EuGVÜ - der ausschließlich dingliche Gerichtsstand	135
bb) Art. 2 EuGVÜ - allgemeiner Gerichtsstand am Sitz des Beklagten	136
cc) Art.6 Nr.1 EuGVÜ - Gerichtsstand der Streitgenossenschaft ..	137
dd) Art. 5 Nr. 3 EuGVÜ - Gerichtsstand für Deliktsklagen	138
(a) Das Merkmal der unerlaubten Handlung	138
(b) Der Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist	139

c) Zusammenfassung	141
1.2. Die internationale Zuständigkeit nach deutschem Prozeßrecht	142
a) Anwendungsbereich der ZPO	142
b) Die Gerichtsstände der ZPO in umwelthaftungsrechtlichen Streitigkeiten	143
aa) § 24 ZPO - der ausschließlich dingliche Gerichtsstand	143
bb) § 32a ZPO - der ausschließliche Umwelthaftungsgerichts- stand	145
cc) § 32 ZPO - Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	146
(a) Das Merkmal der unerlaubten Handlung	146
(b) Der Ort, an dem die unerlaubte Handlung begangen wurde	147
dd) §§ 12, 13 ZPO - allgemeiner Gerichtsstand am Sitz des Beklagten	148
ee) § 23 ZPO - Gerichtsstand des Vermögens	148
c) Zusammenfassung	151
2. Kritik am Ubiquitätsprinzip	151
2.1. Kritik aus der Besonderheit umwelthaftungsrechtlicher Fallgestaltungen	152
a) Vorteile einer internationalen Zuständigkeit der Gerichte am Handlungsort	152
b) Vorteile einer internationalen Zuständigkeit der Gerichte am Erfolgort	153
2.2. Kritik am Wahlrecht des Klägers	155
II. Die internationale Zuständigkeit im RegreßInnenverhältnis	156
1. Die internationale Zuständigkeit nach dem EuGVÜ	156
1.1. Anwendungsbereich des EuGVÜ	157
1.2. Gerichtsstände des EuGVÜ für umwelthaftungsrechtliche Regreßklagen	157
a) Art. 2 EuGVÜ - allgemeiner Gerichtsstand am Sitz des Beklagten	157
b) Art. 5 Nr. 3 EuGVÜ - Gerichtsstand für Deliktssklagen	157

aa) Qualifikation der Rückgriffsansprüche	158
bb) Das Merkmal der unerlaubten Handlung	158
cc) Der Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist	160
c) Art. 6 Nr. 1 EuGVÜ - Gerichtsstand der Streitgenossenschaft	161
d) Art. 6 Nr. 2 EuGVÜ - Gerichtsstand der Interventionsklage	161
aa) Anwendungsbereich	161
bb) Das Merkmal der Interventionsklage	162
1.3. Zusammenfassung	163
2. Die internationale Zuständigkeit nach der ZPO	163
2.1. Anwendungsbereich	163
2.2. Gerichtsstände der ZPO für umwelthaftungsrechtliche Regreß- klagen	164
a) § 12 ZPO - der allgemeine Gerichtsstand am Sitz des Regreßbeklagten	164
b) § 32a ZPO - der ausschließliche Umwelthaftungsgerichtsstand	165
c) § 32 ZPO - Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	165
aa) Anwendungsbereich	165
bb) Das Merkmal der unerlaubten Handlung	165
cc) Der Ort, an dem die unerlaubte Handlung begangen wurde	167
d) § 23 ZPO - Gerichtsstand des Vermögens	167
2.3. Zusammenfassung	168
<i>D. Die Begrenzung der kollisionsrechtlichen Anknüpfung und internationalen Zuständigkeit am Erfolgsort</i>	<i>169</i>
I. Die Begrenzung im Kollisionsrecht	169
1. Die generelle Ablehnung einer Begrenzung der Erfolgsort- anknüpfung	169
2. Begrenzung der Erfolgsortanknüpfung in besonderen Fällen	170
3. Die generelle Begrenzung der kollisionsrechtlichen Anknüpfung am Erfolgsort	171
3.1. Die Begrenzung nach der Vorhersehbarkeit	171
a) Begründung aus der Verhaltensunrechtslehre	171

b) Begründung aus den Erwartungen der Parteien	172
3.2. Die Begrenzung mittels internationalprivatrechtlicher Zurechnung von Rechtsordnungen	173
a) Grundsatz	173
b) Die Zurechnung im internationalen Umwelthaftungsrecht	174
c) Die Stellung kollisionsrechtlicher Zurechnung	174
II. Die Begrenzung im Recht der internationalen Zuständigkeit	175
1. Ausdrückliche Begrenzung durch die österreichische Recht- sprechung	175
2. Übernahme kollisionsrechtlicher Zurechnungserwägungen ins Recht der internationalen Zuständigkeit	175
3. Die Ablehnung einer Begrenzung der internationalen Zuständigkeit im schweizerischen Recht	177
ZWEITES KAPITEL: USA	178
A. Das Sachrecht der amerikanischen Staaten	178
I. Einführung in das Umwelthaftungsrecht der amerikanischen Staaten	178
1. Common Law	178
1.1. Nuisance	178
1.2. Trespass	180
1.3. Negligence	181
1.4. Strict Liability	181
2. Gesetzliche Abfallhaftungsregelung unter CERCLA	182
3. Bewertung der Common Law Haftung und der CERCLA Haftung	183
II. Das Schadensverteilungssystem bei Schädigermehrheit	184
1. Common Law	184
1.1. Voraussetzungen der Joint and Several Liability	184
1.2. Contribution	186
2. Gesetzliche Regelungen der Einzelstaaten zur Haftung bei Schädigermehrheit und zur Haftungsverteilung	187
2.1. Historische Entwicklung der Joint and Several Liability und des Contributionrechts	187

a) Erste Phase: Grundsätzliche Anerkennung der Contribution	187
b) Zweite Phase: Hinterfragung der Joint and Several Liability.....	188
2.2. Tendenzen einzelstaatlicher Regelungen	189
a) Einschränkung der Joint and Several Liability.....	189
b) Anerkennung von Contribution	191
2.3. Die Verbindung der Rechtsverhältnisse bei Joint and Several Liability und Contribution	192
a) Verbindung des Contributionverhältnisses mit dem Haftungsaußenverhältnis der Erstinanspruchnahme	193
b) Verbindung des Contributionverhältnisses mit dem Haftungsaußenverhältnis des Contributionbeklagten	193
c) Relevanz der Haftungsaußenverhältnisse für die Höhe der Contribution	194
d) Verbindung der Haftungsaußenverhältnisse untereinander.....	195
2.4. Zusammenfassung.....	196
3. Schadenstragung und Haftungsverteilung bei Schädigermehrheit unter CERCLA.....	197
3.1. Joint and Several Liability.....	197
3.2. Contribution unter CERCLA	199
3.3. Die Verbindung der Rechtsverhältnisse unter CERCLA	200
III. Funktionen des Schadenstragungs- und Haftungsverteilungssystems	201
1. Allgemeine Funktionen der Joint and Several Liability	201
1.1. Allgemeine Funktionen des Haftungsaußenverhältnisses	201
1.2. Allgemeine Funktionen der Contribution.....	202
2. Die Haftungsfunktionen	202
2.1. Die Kompensationsfunktion.....	203
2.2. Die Präventionsfunktion	203
3. Funktionale Grundlagen des einheitlichen Haftungsverteilungs- systems.....	204
<i>B. Das Kollisionsrecht der amerikanischen Staaten</i>	<i>205</i>

I. Grundsätzliche Trennung von zwischenstaatlichen und internationalen Fällen	206
1. Die Verdrängung des einzelstaatlichen Kollisionsrechts durch bundesrechtliche Umweltgesetze in zwischenstaatlichen Umwelthaftungsfällen	206
2. Freie Bestimmung des anwendbaren Rechts bei internationalen Umwelthaftungsfällen	208
II. Grundlagen der Bestimmung des anwendbaren Rechts	208
III. Die Bestimmung des anwendbaren Rechts im grenzüberschreitenden Umwelthaftungsrecht	211
1. Die Bestimmung des anwendbaren Rechts im Haftungsaußenverhältnis	211
1.1. Das anwendbare Recht nach der Most Significant Relationship Doctrine des Restatement Second	212
a) Die grundsätzliche Maßgeblichkeit der Rechtsordnungen am Handlungsort und am Erfolgsort	212
b) Verwirklichung aller Regelungsinteressen durch Anwendung einer Rechtsordnung	213
c) Das anwendbare Recht bei wahren Interessenskonflikten	214
d) Zusammenfassung	215
1.2. Das anwendbare Recht nach dem IPR-Gesetz von Louisiana	215
1.3. Vorschlag des American Law Institutes - Complex Litigation Project - Proposed Final Draft vom 13. Mai 1993	217
2. Die Bestimmung des anwendbaren Rechts im Contributionverhältnis ..	219
2.1. Die Beeinträchtigung des Kollisionsrechts durch bundesrechtliche Umweltgesetze in zwischenstaatlichen Umwelthaftungsfällen	219
2.2. Grundsatz der <i>dépeçage</i>	220
2.3. Das anwendbare Recht im Contributionverhältnis	221

a) Verwirklichung aller Regelungsinteressen durch Anwendung einer Rechtsordnung	222
b) Das anwendbare Recht bei wahren Interessenskonflikten - Die Entscheidung Cooney v. Osgood Machinery, Inc.	225
aa) Die Rechtsprechung im Fall Cooney v. Osgood Machinery, Inc.	226
bb) Vorrangige Bedeutung des einheitlichen Workers Compensation Systems	227
cc) Vorrangige Bedeutung des einheitlichen Schadenstragungs- und Haftungsverteilungssystems von „Joint and Several Liability“ und „Contribution“	228
dd) Vermittelnde Lösung durch materiellrechtliche Angleichung ..	229
ee) Auswertung des Meinungsstandes	229
2.4. Zwischenergebnis	232
C. Das Recht der internationalen und interstaatlichen Zuständigkeit	232
I. Das Haftungsaußenverhältnis	232
1. General Jurisdiction	233
2. Specific Jurisdiction	233
3. Forum Non Conveniens	234
3.1. Die Abwägung allgemeiner Zuständigkeitsinteressen	234
3.2. Die Zuständigkeitsinteressen in umwelthaftungsrechtlichen Fällen	235
a) Die Geeignetheit des alternativen Forums bei Regelungsgefälle ..	235
b) Die Parteiinteressen	236
c) Die öffentlichen Interessen	237
d) Zwischenergebnis	238
II. Das Contributionverhältnis	238
D. Die verfassungsrechtlichen Grenzen für Zuständigkeit und anwendbares Recht	240
I. Begrenzung der internationalen Zuständigkeit	240
1. Das Erfordernis minimaler Kontakte des Beklagten zum Forum	240



1.1. Stream Of Hazardous Waste Theorie	242
1.2. Purposeful Availment Test in der Abfallhaftung	242
1.3. Interessen des Forums und des Klägers an weiter Gerichts- barkeit	243
1.4. Zusammenfassung und Kritik an einer weiten internationalen Zuständigkeit im Abfallhaftungsrecht	243
2. Die Kriterien von Fairness und Substantial Justice	244
2.1. Die Prozeßführungslast am Forumericht	244
2.2. Das Interesse des Forums	245
2.3. Das Interesse des Klägers	246
2.4. Das Interesse des zwischenstaatlichen Justizsystems an einer effektiven Streitlösung und der Förderung gesetzlicher Zwecke ...	246
3. Zwischenergebnis	247
II. Begrenzung des anwendbaren Rechts	248
DRITTES KAPITEL: DAS INTERNATIONALE UMWELTHAFTUNGSRECHT	252
<i>A. Grundzüge eines vereinheitlichten, materiellen Umwelthaftungsrechts</i>	253
I. Das einheitliche Schadenstragungs- und Haftungsverteilungssystem bei Schädigermehrheit	253
1. Lugano Umwelthaftungsrechtskonvention	253
2. Protokollentwurf zur Basler Konvention	254
3. Grünbuch der EG-Kommission	256
4. Resolution des Institut de Droit International vom 4.9.1997	257
II. Die Funktionen der Umwelthaftung im internationalen Umwelthaftungsrecht	258
1. Lugano Umwelthaftungsrechtskonvention	258
2. Protokollentwurf zur Basler Konvention	259
3. Grünbuch der EG-Kommission	260
4. Resolution des Institut de Droit International	260
III. Zusammenfassung	260
<i>B. Grundzüge eines vereinheitlichten, umwelthaftungsrechtlichen Kollisionsrechts</i>	261

I. Meinungsstand zum anwendbaren Recht im Außenverhältnis im Rahmen einer zukünftigen Haager Umwelthaftungsrechtskonvention	262
II. Gedanken zur Regreßanknüpfung im Rahmen der bestehenden Haager Konventionen und mögliche Rückschlüsse auf die Anknüpfung des Außenverhältnisses	263
1. Meinungsstand zur Haager Umwelthaftungsrechtskonvention	263
2. Rückschlüsse durch Vergleich mit bestehenden Haager Konventionen	263
2.1. Keine Bestimmung des anwendbaren Regreßrechts durch die Haager Konventionen	264
2.2. Vermeidung rechtlich gespaltener Haftungsverhältnisse und Ermöglichung der einheitlichen Anknüpfung des gesamten Schadensverteilungssystems durch das Haager Straßenverkehrsübereinkommen	264
2.3. Ablehnung einer Norm zur Gewährleistung der rechtlich einheitlichen Aussenanknüpfung innerhalb der Produkthaftungskonvention aus rein produkthaftungsspezifischen Argumenten	266
2.4. Auswertung der Straßenverkehrskonvention und der Produkthaftungskonvention im Hinblick auf eine Umwelthaftungskonvention	266
C. Grundzüge des vereinheitlichten Rechts der internationalen Zuständigkeit	267
I. Die internationale Zuständigkeit im Außenverhältnis	267
1. Lugano Umwelthaftungskonvention	267
2. Protokollentwurf zur Basler Konvention	268
3. Meinungsstand zur internationalen Zuständigkeit im Rahmen einer Haager Umwelthaftungsrechtskonvention	268
4. Resolution des Institut de Droit International	269
II. Die internationale Zuständigkeit im Regreßverhältnis	269
1. Lugano Umwelthaftungsrechtskonvention	269

2. Protokollentwurf zur Basler Konvention	269
3. Gedanken zur internationalen Regreßzuständigkeit im Rahmen einer Haager Umwelthaftungsrechtskonvention	270
ZWEITER TEIL: FOLGERUNG FÜR DAS INTERNATIONALE PRIVAT- UND VERFAHRENSRECHT	271
ERSTES KAPITEL: DAS ANWENDBARE RECHT BEI EINER MEHRHEIT UMWELTHAFTUNGSRECHTLICHER SCHÄDIGER	271
<i>A. Analyse der Anknüpfung in Deutschland und in den amerikanischen Staaten</i>	<i>271</i>
I. Analyse der Anknüpfung im Haftungsaußenverhältnis	271
II. Analyse der Regreßanknüpfung	272
<i>B. Die Verwirklichung der haftungsrechtlichen Kompensationsfunktion und Präventionsfunktion sowie der gesamtschuldnerischen Ausgleichsfunktion durch das deutsche Kollisionsrecht</i>	<i>273</i>
I. Die grundsätzliche Ausrichtung des Kollisionsrechts an den Funktionen des materiellen Haftungsrechts	273
II. Die Verwirklichung der materiellrechtlichen Funktionen durch Ubiquitätsprinzip und korrigierende Anknüpfung	274
1. Unvollkommene Verwirklichung der haftungsrechtlichen Kompensationsfunktion und Präventionsfunktion	274
1.1. Fallgruppe 1: Anwendung des Erfolgsortrechts im Außenverhältnis	275
a) Fehlende Beachtung der Rechtsordnungen am Handlungsort des Regreßgläubigers	275
b) Die Bedeutung des Handlungsortrechts für die Verhaltens- steuerung	276
c) Zusammenfassung	278
1.2. Fallgruppe 2: Anwendung des Handlungsortrechts des Regreßgläubigers im Außenverhältnis	278
2. Die Verwirklichung der gesamtschuldnerischen Ausgleichsfunktion	278

3. Zwischenergebnis	279
III. Annäherung an eine Lösung.....	280
C. <i>Vorschlag einer Kollisionsregel bei Schädigermehrheit und ihre Begründung</i>	281
I. Regelungsvorschlag.....	281
II. Begründung des Regelungsvorschlages	282
1. Systematische und funktionelle Begründung.....	282
1.1. Die Verwirklichung der Kompensationsfunktion	282
1.2. Die Beachtung des einheitlichen Schadenstragungssystems	282
1.3. Die Verwirklichung der Präventionsfunktion	283
1.4. Verwirklichung der gesamtschuldnerischen Ausgleichsfunktion	285
1.5. Zwischenergebnis	285
1.6. Materiellrechtliche Angleichung zur Bestimmung des Haftungsanteils bei Divergenz der Handlungsrechte	286
a) Begründung der materiellrechtlichen Angleichung	286
b) Rechtsvergleichender Überblick über die Verteilung des Insolvenzzisikos unter Gesamtschuldnern	287
c) Übertragung auf das Kollisionsrecht zur Regelung des Rechtsanwendungsrisikos	288
2. Rechtfertigung der Kollisionsregel aus der Vergleichbarkeit des Rechtsanwendungsrisikos mit dem Insolvenzzisiko und aus der Risikoverteilung nach dem Verursacherprinzip	288
III. Endbetrachtung und Rechtfertigung einer eigenständigen Kollisionsregel <i>de lege ferenda</i>	290
ZWEITES KAPITEL: DIE INTERNATIONALE ZUSTÄNDIGKEIT BEI EINER MEHRHEIT UMWELTHAFTUNGSRECHTLICHER SCHÄDIGER ...	291
A. <i>Analyse der Regelungen zur internationalen Zuständigkeit bei umwelthaftungsrechtlichen Streitigkeiten</i>	291
B. <i>Vorschlag einer Regelung der internationalen Zuständigkeit und ihre Begründung</i>	292
I. Regelungsvorschlag.....	292

II. Begründung des Regelungsvorschlages	292
1. Die Verwirklichung der prozessualen Gerechtigkeit	292
1.1. Die Aspekte der prozessualen Gerechtigkeit	292
1.2. Folgerungen für die internationale Zuständigkeit	293
a) Das Außenverhältnis	294
b) Das Innenverhältnis	294
2. Die Verwirklichung der Beweisnähe	294
2.1. Die Beweisnähe im Außenverhältnis	294
a) Streudelikte	295
aa) Typische Beweisschwierigkeiten in umwelthaftungs-	
rechtlichen Streitigkeiten	295
bb) Der Indizienbeweis und seine beweisbedürftigen Tatsachen	296
cc) Das sachnächste Gericht für die beweisbedürftigen	
Tatsachen beim Indizienbeweis	298
b) Individualschadensfälle	299
2.2. Die Beweisnähe im Innenverhältnis	299
a) Die typischen Beweisschwierigkeiten im Ausgleichsverhältnis	300
b) Kein Indizienbeweis zur Bestimmung der Haftungsanteile	300
c) Folgen für die Bestimmung des sachnächsten Gerichts	302
aa) Sachnähe für den Beweis des Bestehens einer Regreß-	
haftung	302
bb) Sachnähe für den Beweis der Höhe der Regreßhaftung	302
cc) Folgerung für das Merkmal der Sachnähe im Innenverhältnis	303
2.3. Zusammenfassung	303
3. Die Verwirklichung der Konzentrationswirkung	304
3.1. Inhalt des Konzentrationsinteresses	304
3.2. Das Interesse an einer horizontalen Verfahrenskonzentration	304
a) Die horizontale Verfahrenskonzentration bei Streudelikten	305
b) Die horizontale Verfahrenskonzentration bei Individual-	
schadensfällen	305
c) Zusammenfassung	306

3.3. Das Interesse an einer vertikalen Verfahrenskonzentration.....	306
a) Prozeßrechtliche Argumentation.....	306
aa) Die Interventionswirkung bei unterschiedlicher internationaler Zuständigkeit.....	306
bb) Die Interventionsklage bei unterschiedlicher Zuständigkeit	308
cc) Zwischenergebnis.....	309
dd) Die einheitliche Zuständigkeit als Lösung	309
b) Die kollisionsrechtliche Argumentation.....	309
c) Zusammenfassung	310
3.4. Lösung des Widerspruchs zwischen horizontaler und vertikaler Konzentration.....	310
a) Prozessualer Vorrang des vertikalen Konzentrationsinteresses.....	310
aa) Vergleich von Zuständigkeitsinteresse und Konzentrationsinteresse	311
bb) Vergleich der Parteiinteressen.....	312
b) Vorrang des vertikalen Konzentrationsinteresses aufgrund allgemeiner Wertung.....	313
4. Ergebnis	313
DRITTES KAPITEL: BEGRENZUNG DER KOLLISIONSRECHTLICHEN ANKNÜPFUNG UND DER INTERNATIONALEN ZUSTÄNDIGKEIT AM ERFOLGSORT	
<i>A. Begrenzung der kollisionsrechtlichen Anknüpfung am Erfolgsort.....</i>	314
I. Grundsätzliche Befürwortung einer Begrenzung der kollisions- rechtlichen Anknüpfung	315
II. Auswertung der Argumentation im deutschen Umwelthaftungskollisionsrecht und im Kollisionsrecht der amerikanischen Staaten	315
III. Begründung einer weiten Zurechnung des Erfolgsortrechts im Umweltekollisionsrecht	317
1. Anlagenemissionen - extensive Zurechnung aufgrund eigenverantwortlicher Selbstbestimmung.....	317

2. Abfallhaftungsfälle	318
2.1. Vergleich mit dem internationalen Produkthaftungsrecht	318
2.2. Extensive Zurechnung aufgrund rechtspolitisch intendiertem Geschädigtenschutz	319
3. Ergebnis und Ergänzung des Regelungsvorschlags	321
<i>B. Begrenzung der internationalen Zuständigkeit am Erfolgsort</i>	322
I. Auswertung des deutschen und amerikanischen Rechts der internationalen Zuständigkeit	322
II. Auswertung der Zuständigkeitsinteressen	323
III. Ergebnis und Ergänzung des Regelungsvorschlags	324
SCHLUSS	325
A. ABSCHLIEBENDE STELLUNGNAHME	325
B. ERGEBNISSE DER ARBEIT	326
I. <i>Kollisionsrecht</i>	326
1. Bestehen eines einheitlichen, gesamtschuldnerischen Schadensverteilungssystems	326
2. Klare Zuordnung der haftungsrechtlichen Funktionen im gesamtschuldnerischen Schadensverteilungssystem	326
3. Die bestehenden Kollisionsregeln	327
4. Kritische Betrachtung des deutschen Kollisionsrechts	327
5. Der kollisionsrechtliche Lösungsansatz	328
II. <i>Internationale Zuständigkeit</i>	328
1. Die internationale Zuständigkeit im europäischen und deutschen internationalen Zivilprozeßrecht sowie im internationalen Umwelthaftungseinheitsrecht	328
2. Die internationale Zuständigkeit im internationalen Zivilprozeßrecht der amerikanischen Staaten	329
3. Bewertung der Zuständigkeitsinteressen als Grundlage der zivilprozes- sualen Lösung	329
III. <i>Kollisionsrecht und internationale Zuständigkeit</i>	330

1. Die Vorhersehbarkeit und Zurechnung der Rechtsordnung und der internationalen Zuständigkeit am Erfolgsort	330
C. REGELUNGSVORSCHLAG	331
I. <i>Kollisionsrecht</i>	331
II. <i>Internationale Zuständigkeit</i>	331